

Bern, 18. April 2025

Medienmitteilung

«Sparvorschläge des Bundesrats schaden dem Wald»

Der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) lehnt die Sparvorschläge des Bundesrats zum Entlastungspaket 2027 ab. Insbesondere Sparvorschläge beim Wald und bei der Forstausbildung sorgen für Kopfschütteln. Denn wegen des Klimawandels steht der Schweizer Wald derzeit vor besonders grossen Herausforderungen.

Der Bund muss sparen, sonst droht der Bundeshaushalt aus dem Gleichgewicht zu fallen. Der Bundesrat schlägt deshalb mit dem Entlastungspaket 2027 rund sechzig verschiedene Sparmassnahmen vor. Derzeit läuft die Vernehmlassung dazu. Kantone, Verbände und weitere Kreise können zu den Ideen des Bundesrats Stellung nehmen.

Der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) hat zwar ein Interesse an einem gesunden Finanzhaushalt. Er kann aber mit verschiedenen Massnahmen des Bundesrats wenig anfangen. Der Verband vertritt die Interessen von rund 1650 Bürgergemeinden und Korporationen, deren Eigentum rund 40 Prozent des Schweizer Waldes sowie etliche land- und vor allem alpwirtschaftliche Flächen ausmachen.

«Sparübungen leisten keinen Beitrag zur Arbeitssicherheit in der Forstbranche»

«Die Sparvorschläge des Bundesrats schaden dem Wald», sagt SVBK-Präsident Georges Schmid. Aufgrund des Klimawandels benötigt es derzeit verschiedene Anpassungen im Wald – etwa vielseitigere Baumbestände und neue Baumarten, die beispielsweise gegen langanhaltende Trockenheit resistent sind. «Damit die Korporationen und Bürgergemeinden die Wälder jetzt klimafit machen können, müssen für die nächsten Jahre genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen», sagt Schmid. «Ansonsten ist die Schutzfunktion des Waldes langfristig gefährdet.»

Der SVBK kritisiert weiter, dass nun auch bei der Ausbildung von Forstpersonal gespart werden soll. «Sparmassnahmen bei der Berufsbildung sind nie zielführend», sagt SVBK-Präsident Georges Schmid, «vor allem nicht in einer Branche, die ohnehin schon unter dem Fachkräftemangel leidet». Unter anderem ist vorgesehen, dass der Bund nichts mehr an die Kurse bezahlt für Waldeigentümer/innen, Landwirt/innen und andere forstlich ungelernete Arbeitskräfte, die etwa im Winter temporär im Wald arbeiten. «Mit diesen Sparmassnahmen leistet der Bund definitiv keinen Beitrag zur Arbeitssicherheit und zur Bekämpfung des Personalmanagements in der Forstbranche», so Schmid.

Zivildiensteinsätze sind wichtig für Bürgergemeinden

Weiter kritisiert der SVBK die vorgeschlagenen Einsparungen bei der Holzabsatzförderung – konkret etwa beim Aktionsplan Holz. Denn für den SVBK ist klar: Nur wenn Holz auch Absatz

findet, wird es auch genutzt. Gerade Schutzwälder sind auf eine stetige Waldverjüngung angewiesen.

Der Bund will zudem Beiträge an Einsatzbetriebe von Zivildienstpflichtigen streichen. Das ist ebenfalls nicht im Sinne des SVBK. Zivildienstpflichtige unterstützen die Bürgergemeinden und Korporationen respektive deren Betriebe heute beispielsweise im Alpgebiet bei Infrastrukturprojekten oder im Wald bei der Neophyten-Bekämpfung. Um die Schutzfunktion der Wälder hochzuhalten, sind die Bürgergemeinden und Korporationen gerade bei der Bekämpfung von invasiven und gebietsfremden Arten weiterhin auf die Unterstützung von Zivildienstpflichtigen angewiesen – wegen des Klimawandels gar mehr denn je.

Sparhammer trifft auch Alpbetriebe

Die Bürgergemeinden und Korporationen besitzen zudem etliche landwirtschaftlich genutzte Flächen sowie weitläufige Alpgebiete in der ganzen Schweiz, die sie zugunsten der Allgemeinheit bewirtschaftet. Deshalb sieht der SVBK auch die vorgesehenen Sparmassnahmen bei der Land- und Alpwirtschaft kritisch. So wehrt sich der SVBK etwa gegen die Kürzungen bei den Landschaftsqualitätsbeiträgen, der Qualitäts- und Absatzförderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie bei den Beihilfen an die Viehwirtschaft, mit welchen beispielsweise die Verwertung inländischer Schafwolle gefördert wird.

Etliche der vorgeschlagenen Sparmassnahmen sind lediglich Lastenverschiebungen vom Bund hin zu den Kantonen respektive Gemeinden, stellt der SVBK fest. Der nationale Verband ist skeptisch, dass künftig die Kantone für Leistungen aufkommen können, die beim Bund eingespart werden – insbesondere in den ressourcenschwachen Kantonen. Die Bürgergemeinden und Korporationen dürften die fehlenden Geldern insbesondere bei ihren Forstbetrieben zu spüren bekommen.

Für Medienanfragen:

- Georges Schmid, Präsident SVBK, Telefon 079 746 05 88
- Elias Bricker, Geschäftsführer SVBK, Telefon 079 617 73 56

Schweizerischer Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK)

Der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) vertritt die Interessen von rund 1650 Körperschaften in der ganzen Schweiz. Diese sind mehrheitlich öffentlich-rechtlich organisiert. Je nach Regionen oder Kantone haben sie unterschiedliche Aufgaben und Bezeichnungen – so nennt man sie Bürgergemeinden, Korporationen, Bürgergemeinden, Burgerschaften, Allmendgemeinden, Ortsgemeinden, Ortsbürgergemeinden, Patriziati, communes bourgeoises, Bourgeoises, Genssamen, Bürgerkorporationen, Bürten, Rhoden, Teilsamen, etc.

Die Bürgergemeinden und Korporationen besitzen rund 40 Prozent der Waldfläche in der Schweiz. Zum Eigentum der Bürgergemeinden gehören zudem grosse landwirtschaftlich genutzte Flächen, darunter auch Rebanbauflächen und weitläufige Alpgebiete. Schätzungsweise zwei Drittel der Schweizer Alpgebiete sind kollektives Eigentum solcher Körperschaften. Zudem engagieren sich die Bürgergemeinden und Korporationen im Sozial- und Gesundheitswesen sowie in den Bereichen Energie, Regalien, (gemeinnütziger) Wohnbau, Kultur, Jugend- und Sportförderung, Gesellschaft, etc. Im Zentrum ihrer Tätigkeit steht stets das Wohl der Allgemeinheit.

Mehr Infos gibt es unter www.svbk.ch.